

Berufsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindenzstraße 3
Telefon: Dönhofs 292-293
Zel.-Korrespondenz: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts
Berliner Volksblatt

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftsamt 9-5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3
Telefon: Dönhofs 2506-2507

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die Goldkreditbank.

Rede Schachts im Haushaltsausschuß des Reichstags.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde heute vor- mittig die Frage der Goldkreditbank behandelt. Der Vorsitzende, Dr. Bachnick (Dem.), machte darauf auf- merksam, daß ein Gesetzentwurf zur Stunde noch nicht vorliege, und es dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht überlassen bleiben müsse, Inhalt und Be- gründung zu skizzieren.

Hierauf führte

Reichsbankpräsident Dr. Schacht

folgendes aus: Die ganzen Beratungen dieser Frage werden sich vielleicht etwas eilig zu ammenbringen; ich glaube aber, daß das er- forderlich ist, schon angesichts der Lage des Reichstages und der ganzen wirtschaftlichen und politischen Lage, die sich aus den Be- handlungen über den Gegenstand unserer heutigen Besprechung er- geben hat. Ich darf Ihnen vielleicht historisch berichten, wie die Dinge gelaufen sind und dabei zunächst bemerken, daß ich mich in die zahlreichen Presseerörterungen über die Goldkreditbank so gut wie gar nicht eingemischt habe, weil in diesen Erörterungen ständig durcheinandergeraten sind meine Wünsche und diejenigen, die sich aus den Beratungen des Sachverständigenausschusses in Paris und hier ergeben haben.

Unmittelbar nach meiner Ernennung zum Reichsbankpräsidenten habe ich mich nach London begeben, um die Verhandlungen zur Bewirklichung eines Ideenanges aufzunehmen, der mich seit langem beschäftigt hat und der von folgenden Grundlagen ausgeht: Wir haben in Deutschland heute eine Papierwährung, die durch die Inflation an den Rand des Abgrundes gebracht war. Wir haben sie stabilisiert in einem gewissen Umfange durch die Ausgabe der Rentenmark. Die Elemente, die dafür sprechen, daß wir

die Rentenmark pfleglich behandeln

müssen, liegen insbesondere darin, daß die Rentenmark im wesent- lichen ein auf Kredit basierendes Geld ist und infolge dessen nicht in jeder beliebigen Menge verwendet werden kann, daß man also diese Rentenmark nur in solchen Mengen in den Verkehr bringt, daß sie sich dem Umlaufbedarf der Wirtschaft anschließen. Darüber hinaus haben wir in Deutschland infolge der ganzen Verarmung, in die wir hineingeraten sind, eine Kapital- und Kreditnot, der unbedingt, wenn die Wirtschaft wieder in Gang gebracht werden soll, abgeholfen werden muß.

Rum ist eine Wiederherstellung einer

wirklichen Goldwährung in Deutschland selbstverständlich nicht möglich.

solange nicht der ganze große Fragenkomplex gelöst ist, der sich um das Thema der Reparation windet. Ich habe infolgedessen niemals bei meinen Plänen irgendwie den Gedanken verfolgt, Deutschland eine Goldwährung aus eigener Kraft zurück- zugeben, bevor nicht dieser politische Fragenkomplex gelöst sei. Ich habe immer nur den Gedanken verfolgt, ein Goldkapital von außen oder aus sonst bisher nicht benutzten Quellen heranzuziehen, um dieses Goldkapital der deutschen Wirtschaft zuzuführen. Ich habe geglaubt, daß diese Heranziehung ausländischen Kapitals in der Form einer Bank am besten möglich sei, und ich kann mich darauf berufen, daß bisher alle anderen Versuche fehlerhaft waren, ausländisches Kapital in die deutsche Wirtschaft hineinzuziehen, abgesehen von den Privat- krediten, die dieser oder jener Privatbetrieb vom Ausland bekommen hat; aber als Gesamtheit ist

niemandem eine Kreditoperation gelungen.

außer dem deutsch-niederländischen Finanzab- kommen, das aber in eine Zeit fiel, die Umstände darbot, die heute wohl nicht mehr ähnlich beurteilt werden, so daß heute eine Wiederholung dieses deutsch-niederländischen Finanzabkommens mit einem anderen Lande wohl kaum zu erreichen sein wird. Auch Versuche, die nach dieser Richtung hin angebahnt worden sind, haben zu einem Ergebnis nicht geführt.

Dagegen war es durchaus möglich, nach meiner Auffassung, in der Form einer Bank, deren

Goldkapital sicher im Auslande angelegt

werden konnte, um vor jedem Risiko geschützt zu sein, dieses Kapital heranzuziehen und es dann in der deutschen Wirtschaft arbeiten zu lassen.

Ich habe die Verhandlungen aufgenommen am 1. Januar mit der Bank von England und habe ferner in der City von London eine Reihe von Besprechungen gehabt, die mir alle den Ein- druck gaben, daß man auf dem Londoner Platz wohl bereit sein würde, uns bei den Plänen zu unterstützen.

In diese Besprechungen hinein fiel der Zusammentritt des Sachverständigenkomitees, das um die Mitte des Januar in Paris anfing, sich mit diesen Fragen zu beschäftigen.

Ich bemerke, daß die Aufgabe des Sachverständigenkomitees nicht etwa sich darauf beschränkt hat, die deutsche Leistungsfähigkeit abzuschätzen, sondern daß das Komitee ausdrücklich von der Reparationskommission die Aufgabe erhalten hatte, die

Stabilisierung der deutschen Währung zu studieren

und Vorschläge für die Stabilisierung der deutschen Währung zu machen. Auf diesen Auftrag, den die Sachverständigen bekommen hatten, haben sie sich auch ständig in den späteren Unterhaltungen mit mir berufen, um einmal ihre Legitimation mir gegenüber für die Behandlung dieser Frage zu begründen und um auf der anderen Seite ihre eigene Verantwortlichkeit festzustellen. Ich bin dann nach Paris gefahren worden, um über diese Frage mit dem Sachver- ständigenkomitee zu sprechen, und habe das ganz abgesehen von der allgemeinen politischen Lage, tun müssen aus dem ganz einfachen Grunde, weil selbstverständlich nicht zu erwarten war, daß die pri- vaten Londoner Besprechungen irgendeinen weiteren Fortgang nehmen würden, wenn etwa die Sachverständigen sich dieser Frage gegenüber abfällig geäußert hätten.

Rum kaufen die Gedankengänge des Sachverständigenkomitees selbstverständlich in einer ganz anderen Richtung, als meine Ge- dankengänge gelaufen sind. Das Sachverständigenkomitee wollte eine definitive Goldwährung in Deutschland

schaffen, und zwar aus dem Grunde, um die Herausziehung deut- scher Guthaben für Reparationszwecke aus Deutschland auf eine politisch gesicherte Basis zu stellen. Die Umsammlung von Steuern in Deutschland sollte eine nicht durch Inflation bedrohte sein. Die Summen, die für die Reparation hier in Deutschland ausfließen, sollten unter allen Umständen in ihrer Goldwertbeständigkeit erhalten werden, um dann in irgendeiner Form der Reparationskommission zugeführt werden zu können. Es ergibt sich daraus, daß ein doppelter Zweck mit den Plänen der Experten verbunden war, nicht nur eine definitive Goldwährung in Deutschland herzustellen, sondern auch der, für die Reparationszwecke in der Organisation, die diese Gold- währung in die Hand nehmen würde, Summen anzusammeln, die dann bei möglicher Gelegenheit an die Entente übergeführt werden sollten. Aus diesen Gedankengängen heraus haben die Sachver- ständigen meinen Plänen gegenüber stets das Bedenken geäußert, daß meine Pläne ihre Pläne präjudizieren und hindern könnten. Ich habe mich bemüht, ihnen begreiflich zu machen, daß das in keiner Weise der Fall sein würde, und die Verhandlungen hierüber haben eine Reihe von Wochen in Anspruch genommen und haben schließlich zu

einer Reihe von Stipulationen

geführt, die ich Ihnen ganz kurz wiedergeben möchte.

Sie gehen im wesentlichen dahin, daß der Umfang der Bank in einem gewissen Ausmaße ziffernmäßig begrenzt wird, und zwar dahin, daß das Kapital auf 200 Millionen Goldmark begrenzt werden soll und das Recht zur Notenausgabe auf 100 Millionen Mark. Ich habe dieses Recht der Notenausgabe für die Bank aus Gründen verlangt, auf die ich später noch zurück- kommen werde. Die Reichsbank wird von dem Kapital von 200 Mil- lionen Mark den Betrag von 100 Millionen selbst übernehmen und wird damit — sie wird von den übrigen 100 Millionen sich noch eine Aktie dazu erwerben — die Majorität des Kapitals dauernd be- halten, solange diese Goldkreditbank besteht. Es wird statutarisch vorgesehen werden, daß diese Majorität genügt, um alle erforder- liche Kontrolle über die Bank auszuüben. Ferner wird dieser ein- fachen Majorität statutarisch das Recht gegeben, auch die Bank wieder zu liquidieren.

Es ist vorgesehen, daß im Falle einer Liquidation das Ver- mögen in vorgeschriebener Weise den Aktionären wieder zugeführt wird. Es ist ferner vorgesehen, und zwar lebhaftlich in Form einer Option, daß, sollte irgendeine definitive Währungsorganisation mit der Reichsbank oder auf der Reichsbank oder in einer anderen Form geschaffen werden, daß dann die Aktionäre der Goldkredit- bank das Recht haben, Aktien der definitiven Währungsbank zu pari zu zeichnen, so daß die Liquidation für sie keine Härte bedeutet, sondern die Möglichkeit, sich auch weiter an dem Unternehmen zu beteiligen. Eine weitere Bedingung ist ferner, daß

jeder politische Einfluß von dieser Bank ausgeschlossen

bleibt, daß die Bezeichnung und Erwerbung von Reichs-, Staats- und Kommunalanleihen usw. selbstverständlich ausgeschlossen wird.

Der Sitz der Bank wird in Berlin sein. Die Leitung der Bank wird in den Händen der Reichsbank liegen, die ja das ganze Institut kontrolliert. Im Aufsichtsrat wie überhaupt in der ganzen Verwaltung der Bank werden lediglich Deutsche sitzen. Es handelt sich also hier um ein rein deutsches Institut, das unter völliger Leitung der Reichsbank steht und das lediglich nach den Ge- sichtspunkten arbeitet, nach denen die Reichsbank bisher gearbeitet hat.

Man könnte fragen, warum diese ganze Einrichtung nicht innerhalb der Reichsbank selbst geschaffen werden konnte. Das liegt nach meiner Auffassung daran, daß die Goldbestände der Reichsbank in ihrer juristischen Festbarkeit insofern nicht ganz zweifellos bestehen, als nicht zu entscheiden ist, in welchem Um- fange sie für die Aktien der Reichsbank, in welchem Umfange hierfür das ausgegebene Papiergeld heranzuziehen sind und wie weit etwa diese Goldbestände für neue Verpflichtungen herangezogen werden können. Wohl ist es möglich, daß diese Goldbestände irgend- wie angelegt werden, z. B. also hier in Aktien der Goldkreditbank, und daß

an Stelle des Goldes die Aktien treten;

nicht aber ist es möglich, daß man eine Notenausgabe macht, auf einem besonderen Goldbestand der Reichsbank. Es kommt hinzu, daß die Reichsbank bisher an dem Grundjah festgehalten hat, daß sie jede Rentenmark zum Betrage von 1 Billion Papiermark hereinnimmt. Was aber das Entscheidende ist: Alle diese Verhält- nisse bedingen, daß in die Reichsbank hinein neues Gold von außen zweifellos nicht zu bekommen sein würde, so daß wir also lediglich auf das Gold der Reichsbank allein angewiesen wären, während in diesem Falle die Möglichkeit besteht, dadurch, daß eine

besondere juristische Gesellschaft unter Kontrolle der Reichsbank errichtet ist und die Aktien und Passiven dieses Instituts, getrennt von der Reichsbank, erhalten werden können, auch fremdes Kapital für dieses Unternehmen herangezogen werden kann. Das geschieht in folgender Weise:

Ein internationales privates Konsortium hat sich bereit erklärt, der Reichsbank einen Kredit von 5 Millionen Pfund Ster- ling zu geben. Die Reichsbank wird dieses Geld verwenden, um die Hälfte des Aktienkapitals der neu zu zeichnenden Bank zu zahlen. Ferner liegen Zusicherungen vor, die einen Rediskontkredit für die von der Gold- kreditbank anzukaufenden Wechsel im Auslande vorzulegen, der zu- nächst befristet ist auf 200 Millionen Goldmark. Diese Transaktion wird sich in der Weise abspielen, daß regelmäßig aus dem laufenden Geschäft heraus je nach Bedarf die Goldkreditbank Wechsel an aus- ländische Märkte zum Rediskont geben wird gegen Dollar, Pfund Sterling, Gulden oder andere Valuten. Ferner sind die Verhand-

lungen mit einem deutschen Bankkonsortium so weit gediehen, daß grundsätzlich Einstimmigkeit darüber besteht, daß weitere 5 Millionen Pfund Sterling — und das ist die zweite Hälfte des Aktienkapitals der Goldkreditbank, die also nicht von der Reichsbank gezeichnet werden — von einem deutschen Kon- sortium übernommen bzw. fest garantiert werden, so daß, wenn die sonstigen gesetzlichen Voraussetzungen für das Zustandekommen der Goldkreditbank vorliegen, wir mit der Errichtung der Bank in wenigen Tagen rechnen dürfen.

Die Goldkreditbank hat ferner das Recht, Noten auszugeben, im Umfange von 100 Millionen Mark und ich rechne dabei darauf, daß diese Noten insonderheit dazu Verwendung finden, um die im Inlande umlaufenden ausländischen Noten: Dollarnoten, Gulden- noten, Pfundnoten usw. gegen die deutschen Noten hineinzunehmen. Auf diese Weise würde das Gesamtkapital, das dieser Bank zur Ver- fügung stehen würde, das Betriebskapital also, auf 500 Millionen Goldmark oder 25 Millionen Pfund Sterling kommen.

Die Frage, auf welche Währung diese Bank zu stellen wäre, ist im wesentlichen nach praktischen Gesichtspunkten von uns beant- wortet worden. Auf Goldmark war sie, sofern man überhaupt an Notenausgabe dachte, sicherlich nicht zu stellen. Das Reichsbankdirek- torium hat sich, wie schon bei einer früheren Anregung, auch in diesem Falle auf den Standpunkt gestellt, daß es für die deutsche Wirtschaft, die im wesentlichen in ihrem ganzen Geschäft von dem Londoner Finanzmarkt abhängig ist, richtig sei, die Pfund- währung für diese Aktien und Noten der Goldkreditbank zu nehmen. Wenn ich sage Pfund-Sterling-Währung, so bitte ich das richtig zu verstehen, daß es sich hierbei nicht um eine in Deutschland neu einzu- führende Währung handelt. Im Gegenteil. Die Abstellung von Pfund Sterling soll gerade zeigen, daß es sich hier nicht um eine Währungsbank handelt, sondern um eine Kreditbank, die mit der deutschen Währung als solcher nichts zu tun hat, sondern in einer ausländischen Währung Kredite zur Verfügung stellt. Es ist infolgedessen vorgesehen, daß das ganze Kapital in Pfund Sterling eingezahlt wird. Die übrigen Valuten werden auf Pfund Sterling konvertiert und die Noten werden auf Pfund Sterling lauten, werden also genau so eine Devisen sein, wie die heute vorhandenen Pfundnoten. Lehnen Endes ist natürlich mit ausschlaggebend der Umstand gewesen, daß diese Abstellung auf Pfund Sterling eine wesentliche Voraussetzung gewesen ist, daß wir ein gewisses Ent- gegenkommen am Londoner Markt gefunden haben.

Im Anschluß an diese Rede des Reichsbankpräsidenten trat der Hauptausschuß in eine Besprechung ein, über deren Verlauf wir im Morgenblatt berichten werden.

Die Banken versprechen . . .

Es verlautet, daß die scharfen Maßnahmen, die von der Reichsbank über eine Anzahl von Banken wegen Verstößen gegen die Devisenverordnung verhängt wurden, binnen kurze m aufgehoben werden sollen. Wie man hört, haben sich aber die Banken in ihrer Gesamtheit verpflichtet, Be- sehlungen und Eigenmächtigkeiten ihrer Angestellten in schärfster Weise zu bestrafen und strengstens darüber zu wachen, daß die Bankkundschaft nur so viel Devisen erhält, wie der vorhandenen Deckung entspricht. Darüber hinaus zu- geleitete Devisen sollen stets sofort zurückgegeben werden.

In Brüssel hofft man, daß durch diese Vereinbarungen mit der Reichsbank die bisherige Beunruhigung des Devisen- geschäftes aus der Welt geschafft wird. Auch an die heutigen Mit- teilungen Dr. Schachts im Hauptausschuß des Reichstages über die Goldkreditbank knüpft man weitgehende Hoffnungen. Man rechnet damit, daß bei ruhigerem Devisengeschäft in absehbarer Zeit wieder reichlicher Zuteilungen erfolgen können.

Heute machte sich bereits eine Verringerung der Nachfrage geltend. Kurse und Reparierungen blieben heute im großen und ganzen unverändert. Nur der französische Frank wurde wieder etwas herabgesetzt. Die Tendenz für Effekten war im Freireich etwas freundlicher.

Frankfurt und Weltpanik.

London, 8. März (W.B.) Der weitere Sturz des französischen Franken erregt großes Aufsehen. Der Pariser Berichterstatter der „Times“ schreibt, der Ernst der Lage werde von der französischen Regierung, im Parlament und in der Öffentlichkeit erkannt. Dem City-Redakteur des „Daily Ex- press“ zufolge wurde gestern hier erwartet, daß der Frank weiter sinken werde. Gestern nachmittag sei ein dauerndes Angebot von Franken aus der ganzen Welt erfolgt. Es sollen Geschäfte sogar in Höhe von 116 Franks für das Pfund abgeschlossen worden sein.

London, 8. März, mittags. (Eigener Drahtbericht.) Das Pfund wurde zu Beginn der heutigen Börse mit 116,25 (gegen 111,75 am Vortage) notiert.

Ein neuer Kalif.

Der König von Arabien.

London, 7. März. (CP.) Aus Jerusalem wird gemeldet, daß die Regierungen von Transjordanien, Mesopotamien und dem Heiligen dem König Hussein das Kalifat angeboten haben und daß dieser angenommen habe. Auch die indischen Mohammedaner sollen, nach einer Meldung der „Daily Mail“ aus Delhi, diese Wahl unterstützen.

Neuwahlen nicht im April.

Der Reichskanzler hat heute vormittag eine Aussprache mit dem Reichspräsidenten über die Frage der Neuwahlen zum Reichstag gehabt. Es kann als feststehend betrachtet werden, daß aus wahlrechtlichen und religiösen Gründen die Neuwahlen nicht im April stattfinden werden.

Stresemann über Politik der Möglichkeiten.

Reichsaussenminister Dr. Stresemann hielt auf dem Landesparteiitag der Deutschen Volkspartei in Braunschweig eine Rede, in der er ausführlich Deutschland in kurzer Zeit ein neues Reichskabinett haben, da das stürmische Begehren des Volkes es verlange, aber jede Politik werde Kompromißpolitik sein und bleiben müssen. Eine Verständigung mit Frankreich sei zwar sehr schwer, aber Deutschland werde untergehen, wenn die Verständigung nicht gelänge. Jeder Reichskanzler werde diese Verständigung suchen müssen, und es sei unmöglich, das zu tun, was vielfach als äußerste Konsequenz bezeichnet worden sei. Man müsse sich auf eine Geschäftskontrolle einstellen, allerdings auf der anderen Seite eine politische Kontrolle als untraglich ablehnen.

Was die Schuldfrage anbelange, so habe er diese Frage zum erstenmal als verantwortlicher Minister aufgeworfen, und er werde niemals seinen Namen unter einen Vertrag legen, der von einer Kriegsschuld Deutschlands spricht. Man dürfe, so führte der Außenminister weiter aus, nicht vergessen, daß das deutsche Volk das Geduldigste auf dem Erdenball sei. Die meisten anderen Völker hätten in der Zeit des großen Währungsverfalls das Unterste zu oberst gefehert. Das deutsche Volk jedoch habe still gehalten, und dieses Verhalten habe gute Früchte getragen. Die Rentenmark sei von denen geschaffen worden, die dafür gesorgt haben, daß das Staatskonto nicht mehr Ausgaben aufweist als Einnahmen, und Hiffingding sei durchaus gegen den Vorwurf in Schutz zu nehmen, er habe die Einführung einer neuen Währung hinausgezögert. Die Novembervorgänge in München seien antinational. Das Verhalten Hoffmanns brandmarkt Stresemann mit außerordentlich scharfen Worten. „Wir müssen“, so endet der Außenminister, „ein einziges Volk werden, ein Volk, das zu einem Gedanken kommt, nämlich zu dem der großen Volksgemeinschaft.“

Wohnungsbau in Preußen.

Was beabsichtigt die Regierung?

Das preussische Wohlfahrtsministerium hatte heute morgen einen großen Kreis von Sachverständigen und Interessenten geladen, um die zur Förderung des Wohnungsbauwesens erforderlichen Maßnahmen zu erörtern. Nach einer kurzen Begrüßung des Ministers Hirtfelder legte Staatssekretär Scheidt die Absichten der preussischen Regierung dar:

Die Bautätigkeit sei nicht nur deswegen notwendig, weil die Wohnungsnot nicht anders bewältigt werden könne, sondern auch mit Rücksicht auf die Zustände am Arbeitsmarkt und zur produktiven Ausgestaltung der Erwerbslosenfürsorge. Der Bedarf an neuen Wohnungen sei unbestreitbar. Wir brauchen eine Neubautätigkeit, weil neue Wohnungen durch Teilungen nicht mehr geschaffen werden können. Es könne sich nicht darum handeln, die Zwangswirtschaft zu vermeiden, diese sei vielmehr für die preussische Regierung nur ein notwendiges, sobald als möglich zu beseitigendes Uebel.

Es ist eine Irrführung, wenn so gesagt wird, als wenn bei der Erreichung der Friedensmiete die Bautätigkeit wieder einsetzten könne. Die private Bauwirtschaft könne erst wieder beginnen, wenn die Rentabilität der Neubautätigkeit erreicht wird. So betragen die Neubautkosten das 1,35fache, die Kosten der Kreditgewährung das 2,2fache des Friedensmietes. Allenfalls die dreifache Friedensmiete sei erforderlich, um eine Rentabilität der Bautätigkeit herbeizuführen. Daraus ergibt sich, daß ein höherer Beamter, der vor dem Krieg 2000 M. Miete gezahlt hat, jetzt 6000 M. Miete zahlen müßte, während er nur 4000 M. Einkommen hat. Die sofortige Einführung der freien Bauwirtschaft würde also eine Erschütterung der gesamten Wirtschaft und der Rentenmark bedeuten. Selbst eine plötzliche Erhöhung der Mieten und Gehälter würde die

Neubautätigkeit nicht plötzlich zur Entfaltung bringen können. Die Kreditnot würde das verhindern. Die Kreditnot lasse aber nicht nur auf dem unter Zwangswirtschaft stehenden Baubau, sondern auch auf der gesamten übrigen Industrie und dem Handel, wo es ja eine Zwangswirtschaft nicht gibt. Es sind eben keine Kapitalgeber da, und daran hätte auch nichts geändert werden können, wenn während der Inflationszeit zeitweilig die Mieten höher gewesen wären.

Jeder, der die Bauwirtschaft kennt, weiß, daß der Kredit für das Bauen immer erst dann vorhanden gewesen ist, wenn er von Industrie und Handel nicht gebraucht wird.

Der Grundgedanke der Zwangswirtschaft sei nicht ausgegangen von der damaligen Reichsregierung oder von den Mieterorganisationen, sondern von dem damaligen Schutzbund für Grundbesitz und Realcredit, unter Führung des Herrn von der Borcht. Sein Vorgänger als Kommerziant Haberland hat sich damals für die Schaffung der Mieteneinigungsämter eingesetzt.

In Geschäftshäusern, die der Zwangswirtschaft seit längerer Zeit nicht mehr unterliegen, sind die Mieten teilweise unakauslich gesteigert worden. Die Umstellung auf Goldmieten ist vom preussischen Wohlfahrtsministerium mit der größten Beschleunigung betrieben worden, um die Instandhaltung der Häuser zu ermöglichen.

Bis 67 Prozent Friedensmiete ab 1. April.

Wir haben am 1. April mit 35 Prozent der Friedensmiete zu rechnen, die durch Nachschüsse für die erhöhte Grundsteuer um bis auf 42,5 Prozent erhöht werden können. Zu dieser Goldmiete bekommen wir noch 25 Prozent für die staatliche und kommunale Mietesteuer, so daß bereits am 1. April 67 Prozent der Friedensmiete erreicht sein werden. Eine höhere Steigerung der Miete wird im Augenblick nicht verantwortet werden können.

Der Staatssekretär kündigte weitere starke Einschränkungen der Wohnungsämter an. Ein gänzlicher Abbau der Zwangswirtschaft sei noch nicht möglich. Er würde den Hausbesitzern ein großes Kapital zuführen lassen, auf die die Hausbesitzer kein moralisches Anrecht haben, weil sie zumeist ihre Hypotheken in entwertetem Gelde zurückgezahlt haben.

Zur Hebung der Bautätigkeit muß also in diesem Jahre entweder Staatshilfe einsehen oder es wird überhaupt nicht möglich sein. Die bisherige Wohnungsausgabe ist durch die Inflation vollständig zu Bruch gegangen. Dafür stehen zur Verfügung 10 Prozent der Mietesteuer. Das macht bei einem Steuerfuß von 25 Prozent der Friedensmiete 50 Millionen Goldmark. Diese sollen als Hypotheken verausgabt werden, in der Absicht, den fehlenden Privatcredit durch einen Staatscredit zu ersetzen. Wenn damit die Hälfte der Baukosten bestritten werden soll, die andere Hälfte den Bricolaten verbleibt, so können damit etwa 18000 Wohnungen sichergestellt werden. Andere Mittel stehen aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge zur Verfügung, nämlich 3,6 Millionen Goldmark zum Bau von 1500 Wandarbeiterwohnungen.erner stellt die preussische Regierung eine gewisse Summe für den Bau von Beamtenwohnungen zur Verfügung. Aus Reichsmitteln sollen weiter 7,5 Millionen Goldmark zur Fertigstellung unterbrochener Bauten ausgegeben werden. Insgesamt kann man also mit etwa 20000 Wohnungen rechnen. Die mit Staatshypotheken befristet werden können. Bei der Errichtung der Staatsfinanzien ist an eine Erhöhung dieser Zuschüsse nicht zu denken, es sei denn, daß die Mietesteuer mehr einbringt.

Der Wohnungskommissar betonte, daß sich das preussische Wohlfahrtsministerium lediglich von gemeinwirtschaftlichen Rücksichten leiten lasse, und verwies unter anderem noch darauf, daß selbst in New York die Zwangsbewirtschaft der Wohnungen nicht aufgehoben werden konnte.

Sefängnis wegen eines Zeitungsartikels.

Essen, 8. März. (W.R.) Vor dem französischen Kriegsgesicht hatte sich der Verleger der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“, Dr. Reihmann-Grone, zu verantworten. Im November vorigen Jahres erschien in der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ ein Artikel, der sich mit dem zwischen der Rheinisch-Westfälischen Gruppe und der Ricum abgeschlossenen Verträge beschäftigte. Dieser Artikel ist von französischer Seite als heftig gegen die Ricum mit dem Zweck, den Abschluß weiterer Verträge der Industrie mit dem Ricum zu verhindern, gedeutet worden. Unmittelbar nach der Veröffentlichung des erwähnten Aufsatzes erschien ein weiterer mit der Ueberschrift „Betragene Betrüger“, auf Grund dessen Dr.

Reihmann-Grone verhaftet wurde. Es wurde inzwischen festgestellt, daß die genannte Ueberschrift irrtümlicherweise auf die Spitze des Artikels gelangt sei und zu einem anderen Artikel gehört habe. Weiter wird dem Angeklagten zur Last gelegt, im Besitz von Waffen gewesen zu sein. Ein französischer Gendarm fand auf dem Gutshof des Angeklagten in Brödenen ein Flöbergewehr und ein Jätnadelrevolver, außerdem wurde dem Angeklagten ein Revolver zugesandt, der aber erst ankam, als der Angeklagte bereits verhaftet war. Der Revolver wurde damals dem Verwalter übergeben. Das Gericht verurteilte Dr. Reihmann-Grone wegen des in Frage kommenden Artikels und wegen Waffenbesitzes zu einem Monat Gefängnis und 1000 Goldmark Geldstrafe. Der mitongefangene Verwalter Himmelmann erhielt wegen Waffenbesitzes 15 Tage Gefängnis und ebenfalls 1000 Goldmark Geldstrafe.

„Freiheit der Wissenschaft.“

Zu den Vorgängen im sächsischen Untersuchungsausschuß.

Wir erhalten folgende Zuschrift des demokratischen Reichstagsabgeordneten Prof. Dr. Walter Goch, Leipzig:

„Der „Vorwärts“ bringt in seiner Nummer vom Abend des 5. März einen Aufsatz „Freiheit der Wissenschaft“ und druckt darin Teile eines Briefes ab, den ein Leipziger Universitätsprofessor an den Leipziger Universitätsprofessor Hellmann geschrieben habe. Der Unterzeichnete hat allerdings an den ihm seit 25 Jahren bekannten Professor Hellmann, der zudem sein politischer Parteigenosse ist, einen Privatbrief geschrieben, um ihn vor den Folgen einer Dekonstruktion zu warnen. Der im „Vorwärts“ abgedruckte Text dieses Briefes ist jedoch an der Hauptstelle, wo zu dem Wort „Bereinigung“ in Klammern gesetzt ist: „wegen einer Geldentschädigung“, eine grobe Fälschung. Ich wäre dankbar, wenn die den Lesern des „Vorwärts“ mitgeteilt werden könnte. Es ist zudem völlig unzutreffend, daß die „Freiheit der Wissenschaft“ von der Leipziger Fakultät angetastet worden wäre, im Gegenteil: gegen eine Ansetzung der Freiheit der Wissenschaft hat sich die Leipziger philosophische Fakultät gewehrt, und ich habe ein gutes Recht, einen alten Freund und Parteigenossen zu warnen, sich nicht gegen eine eigenen Standesgenossen mißtrauen zu lassen. Die von der Fakultät vorgeschlagene und vom Ministerium für Volksbildung abgelehnte Liste war wissenschaftlich und politisch einwandfrei, denn sie enthält an erster Stelle einen Demokraten, an zweiter Stelle einen nicht organisierten Republikaner, der zugleich Jude ist, an dritter Stelle einen katholischen Republikaner der Zentrumspartei.“

Opposition in der Arbeiterpartei.

Da das englische Parlamentsleben eine eigentliche Fraktionsdisziplin nicht kennt, ist es bereits bei verschiedenen Anlässen vorgekommen, daß Mitglieder der Arbeiterpartei gegen die eigene Regierung stimmten. So haben verschiedene intransigente politische Abgeordnete der Unabhängigen Arbeiterpartei, zum Teil ehemalige Kriegsdienstverweigerer, mit den Liberalen gegen den Neubau von Kreuzern und Torpedobooten gesprochen und gestimmt.

Ebenso protestierten am vorigen Mittwoch verschiedene W.P.A. Abgeordnete bei der Beratung über die Handelskredit zwecks indirekter Unterstützung der Arbeitslosigkeit gegen die Bewilligung von 3½ Millionen Pfund an die Sudan-Baumwollgesellschaft. Bereits im Vorjahre hatte die schottische Gruppe einen auffeherregenden Zwischenfall bei der Beratung dieses Credits hervorgerufen und schwere persönliche Angriffe gegen Asquith gerichtet. Diesmal ist es zwar ohne Krach gegangen, doch hielt der radikale Arbeitersüßel in keinem Standpunkt fest und 43 W.P.A. ordnete stimmten gegen die von der Regierung befürworteten Kredite.

Dieser Vorfall wird in der englischen Presse fast gar nicht beachtet. Nur die „Köte Fahne“ versucht ihn gegen — den „Vorwärts“ aufzubauen, weil wir dies „unterschlagen“ hätten. Wir haben lediglich das Eintreffen der englischen Blätter abgewartet, um Klarheit über den Vorgang zu erhalten. Die „Köte Fahne“ hat nämlich, ebenso wie die Pariser „Humanité“, von Moskau den Befehl erhalten, die Regierung MacDonald zu beschimpfen und zu discredittieren. Sie entschuldigt sich dies auftragen so gut oder so schlecht, wie sie kann.

Unterdessen lobt der Sowjetgesandte in London, Rakowski, die englische Regierung über den arabischen Kriege, und gestirnt haben der Sowjetgesandte in Rom, Jordanoff, einen Schiffsverkehrsvertrag mit Mussolini ratifiziert. . .

Smetana-Feyer bei Kroll.

Man braucht kein Jubiläumjahr und braucht kein Gastspiel Lauber abzuwarten, um Smetanas „Verkaufte Braut“ auf dem Opernspielplan zu erhalten. Denn dieses köstliche Stück Volksmusik lebt durch den Glanz seiner Einfälle und den zündenden Schwung seiner Tänze, durch die reine Gesangsart wie durch die Drossel seiner Humore überall, wo Menschen sich an echtem Bühnenleben und reinem musikalischen Blut erheben, ergötzen, erfreuen wollen. Das hier zum erstenmal eine Oper des böhmischen Rustantennvolkes aus dem Nichts heraus entstanden, bedeutet historisch gewiß schon viel. Schwerer aber wiegt, höher steht die Erkenntnis, daß hier ein nationales Zwischenglied zwischen der breiteren Oper Magaris und der pathetischen Wagners lebensvoll gestaltet, durch deutsche Kunst hindurch ein Wunder charakteristischer, nur aus Land und Boden heraus gewordener Typen geboren wurde. Gewiß kann man an den Barbier von Peter Cornelius denken und an den Osmin der „Entführung“, sicher ist die Leitmotivik dieser Partitur ohne Wagner nicht denkbar, und ein wenig ist auch die Gemütsart Vorhings in die Führung lyrischer Gebilde eingegangen. Aber man verjage einmal, dieses Werk zu stilleren, einen Hauch nur von der musikalischen Landschaft woguradieren: der Anfang solcher Experimente würde schon kein Unglück sein. Denn immer schwingt sich in die Szene, in die Partitur mit heiterster ureigenster Kraft, mit selbstverständlicher Laune und bezagubender Beifügigkeit der Lang des Volkes, die Polka, der Furiant, immer greift in den Humor und in den tragischen Schimmer des harmlosen Vorgangs der Chor, also das Volk, mit seinem gesunden Instinkt, mit seiner Zustimmung und seiner Abkühlung hinein. Bauernlust, Bauerndummheit, bäuerliche Ehrbegriffe und ländliche Liebeslust — das spricht und geistert durch jeden Takt. Jeder dieser Menschen ist, in seiner Schwäche oder seiner Verbheit, ein ganzer Keil. Die Geschichte des schwachen Betrügers, der selbst zuletzt betrogen ist, die Geschichte einer Liebe, die auch durch Irrtümer nicht verbogen werden kann, das alles hat Saft und Kraft menschlicher Wahrheit. Ein Libretto wie kaum eins in der Literatur der komischen Oper, eine Partitur wie seit Mozart keine im tänzerischen Schwung.

Bei Kroll ist Pratorius nicht der Mann, der diesen tänzerischen Rhythmus in sich trägt, von sich gibt. Herbert Stod ist nur bärbeißig in seinen Humoren, von einem Kaliber. Was hat Ranier nicht aus dieser galoppierenden Suada, aus der Komik eines Schirms, einer bezahlten Biegeschäftigkeit gemacht. Lauber parodiert zwar selbst als Bauer mit seiner aristokratischen Beste, ist aber schlau im Tun und herrlich im Gesang; füllt zudem Lücken des Theaters eigenartig und glücklich aus. Frau Marheer ist ein Gewinn, süß und anmutig und rührend. Henle stottert sogar mit Arm und Bein, ein köstlicher Einfaltspinsel. Die Choren gut besetzt, doch nicht so gut,

daß das schöne Segel einen schönen Eindruck macht. Doch ist Smetanas Wert von solcher Lebenskraft, daß auch durch Schwächen der Aufführung die Freude am Genuß nicht arg gestört wird. Wo aber, fragt man zum Schluß, wo ist Kleiber, wo ist Szell, wo ist ein Hof-Buffo, wo ein irischer Tenor wie die'er Lauber? In welchen Anzügen steht die Fille der Staatsoper? Wir wünschen, eine Antwort vermeiden zu können.

Kurt Singer.

Kleinigkeiten.

Die österreichische Mittelstandshilfe für Deutschland, abgekürzt „Miro“, versendet Pakete, die mit einem schwarz-weiß-roten Streifen beklebt sind. Offenbar ist der Geschäftseinstellung nicht bekannt, daß die Farben der deutschen Republik andere sind als die der ehemaligen deutschen Monarchie. Fürchtet sie vielleicht, mit den republikanischen Farben Anstoß zu erregen bei den vielen Angehörigen des darobenden deutschen Mittelstandes, die sich aus früheren Hofbeamten, Offiziersadamen, Gekerkelten und sonstigen Verdrängten der Vergangenheit rekrutieren? Was würde man in Oesterreich sagen, wo man sich seiner republikanischen Gesinnung weniger schämt, wo der Burgring in den Ring des 12. November umgetauscht ist, wo es eine Vassalle, und eine Bebestrafung gibt, wenn man dorthin schwarz-gelb verzierte Sendungen schicken würde? Kleiner Taktfehler!

Eine in einem westlichen Vorort belagene Anstalt, die einem nicht zu umgebenden menschlichen Bedürfnisse dient, verfügt in der männlichen Abteilung über zwei verschleierte Kabinen, von denen die eine mit der Aufschrift zweiter, die andere erster Klasse versehen ist. Beide Kabinen sind in ihrer Ausstattung völlig gleich. Auf meine Frage an die Hüterin dieses Heiligstums, worin denn nun der Unterschied bestehe, erwiderte diese: „Es gibt keinen Unterschied“. Als ich mein Bestreben äußerte, warum den Besuchern der ersten Klasse dann mehr Geld abverlangt würde, meinte sie: „Die besseren Herrschaften benötigen alle die erste Klasse“. Also das Entscheidende ist das Standes- oder hier vielmehr das Ständebewußtsein. Diesem Bewußtsein opfert der arme Mann fünf oder zehn Pfennig mehr als der Mann des Volkes!

Hübische und junge Berliner Telephonistinnen in Bureau- und Geschäftsbetrieben! Warum sind manche von euch bei der Bedienung des Telephons so unbedeutend? Warum fragt ihr stets, im Gegenlag zu euren Kolleginnen anderer Himmelsstriche in märkischem Ton: „Wer ist denn da?“, denkt ihr nicht darüber nach, daß das Telephonieren bei mir keiner kränkelnden Absicht entspringt, und daß man seine Frage höflicher ausdrücken kann, als mit dem überflüssigen „denn“? Dann schon sicher preussisch-stamm: „Wer da?“ Aber auch ein „bitte“ würde euch nichts schaden. p. z.

Arbeitshand und Feiertand. Die Hand, mit der wir unser ganzes Leben hindurch den größten Teil der Arbeit verrichten — meistens die rechte — erhält durch diese Tätigkeit eine bestimmte bezeichnende Form, und zwar hat der Anatom A. Fid betont, daß sich diese „Arbeitshand“ durch eine deutliche Ablenkung des Zeige-

fingers nach der Kleinfingerseite hin auszeichnet. Den Grund für diese Erscheinung findet er darin, daß die Beugemuskeln der Finger am inneren fast ganz auf der Ellenbeine entspringen. Dadurch werden die Finger bei zwangloser Beugung immer etwas nach der Kleinfingerseite hin abgelenkt. Wird die Hand während des Lebens stark in Anspruch genommen, so bildet sich allmählich bei zunehmendem Alter eine bleibende Umformung heraus. Die Ablenkung des Zeigefingers zur Kleinfingerseite wird dauernd und bestimmt damit das Aussehen der „Arbeitshand“. Diese Handform bildet sich nicht nur bei schwerer Arbeit heraus, sondern sie entsteht durch jede eifrige Betätigung der Hände, wenn es sich auch nur um leichte Arbeiten, wie Schreiben, handelt. Die „Feiertand“ dagegen weist einen nach vorn gerichteten Zeigefinger auf. Den interessanten Unterschied zwischen diesen beiden Formen der Hand hat nun Fid besonders deutlich bei den Händen des großen Berliner Anatomen Waldeyer beobachtet, die dieser durch legitime Verfügung des Berliner Anatomischen Instituts hinterließ und die in den „Sitzungsberichten der Preussischen Akademie der Wissenschaften“ ausführlich behandelt sind. An den von dem An'aren Bischoff „sprechend lebendig“ hergestellten Abgüssen läßt sich die Form der Arbeitshand sehr gut erkennen. An der rechten Hand ist die Abweichung des Zeigefingers nach der Kleinfingerseite hin ganz deutlich; die Abbiegung beträgt 27 Grad. Dadurch erscheint der Zeigefinger beträchtlich kleiner, als er in Wahrheit ist. Waldeyer führt schon selbst diese Abdrängung auf seine sehr große Schreibfertigkeit zurück; hierzu kam dann noch das viele Präparieren und Mikroskopieren, das die Tätigkeit dieses so überaus fleißigen Gelehrten mit sich brachte. Die linke Hand, die „Feiertand“, weist nur eine Abweichung von etwa 20 Grad auf.

Jes, we have no bananas singen in diesem Winter, wie alle „musikalischen“ „Alter der Er“, die Engländer. Aber sie allein hatten einior Wochen hindurch tatsächlich Grund dazu. Denn durch den englischen Dekordelstreik war das Land, vor allem London, eine Zeit lang von der Zufuhr der Bananen ebeperrert, so daß man für die schmackhafte Frucht, für die man sonst 1 bis 1½ Schilling das Duzend zahlte, den doppelten Betrag anlegen mußte, sofern es überhaupt noch Bananen gab. Nach Beendigung des Streiks haben endlich die westindischen Bananenschiffe, die im Hafen lagen, ihre Lebenswege lösen können. Sie war insgesamt so groß, daß von den Docks ein ganzer Bananenzug nach London geleitet werden mußte. Damit ist für die Engländer die schreckliche, bananenlose Zeit glücklich überstanden.

Erstaufführungen der Woche. Mont. Reibers-Theater: „Die Junge Welt“. — Dienst. Hammertheater: „Palme“. — Komödienhaus: „Verlorenes Gold“. Apollo-Theater: „Die Abenteuerin“. — Sonnd. Hoch-Volloper: „Siegfried“.

Kranke-Vorträge. Theater Sankt 5 Uhr: „Kanal“. Sonnt. 8 Uhr: „Der Tanz“. — Komö 6 Uhr: Fr. Dellhorn: „Der Revier der Urgen“. — Dienst bis Sonnt. 7 u. 9 Uhr: „Solareis“. — Ostfaal; Sonnt. 8 Uhr, 11 Uhr, 8 Uhr, 11 Uhr: „Aus der Welt“. — Komödienhaus: „Verlorenes Gold“. — Dienst 8 Uhr: Fr. Damp: „Berlin als Stummhant“. — 11 Uhr: 6 Uhr: „Wol. Gölle: „Das Königsgut“. — Donn. 6 Uhr: Fr. Hof: „Ostindien u. Reichstanzel“. — Freit. 8 Uhr: Dr. Dellhorn: „Menschenwunder u. Wundermenschen“.

Korrekturen und Karikaturen.

Die Lage im Sifferprozeß.

BS. München, 8. März.

Die heutige Sitzung begann wieder unter Ausschluß der Öffentlichkeit, da zwei Zeugen aus der geistigen Verbindung, der Kommandeur der Reichswehr in Regensburg, Oberst Ebel, und Leutnant Hecker, über die Teilnahme der Organisation Oberland in Regensburg gehört wurden.

Eine Erklärung Ludendorffs.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit gegen 10 1/2 Uhr erteilte der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Reichhart, Ludendorff das Wort zu folgender Erklärung:

General Araf von Kressenstein, der Führer der bayerischen Reichswehr, hat gestern hier in seiner Sorge um das ihm anvertraute Gut das Wort ergriffen und der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß die Angeklagten versuchen, bewußt die Reichswehr herabzusetzen. Auch wir teilen keine Sorge um die Reichswehr. Durch den Schritt Eggenz Araf von Kressenstein könnte jedoch in der Öffentlichkeit die Ansicht erweckt werden, als wenn wir Angriffe gegen die Reichswehr bewußt erheben. Wir Angeklagten haben alle in der Reichswehr gedient, mit Ausnahme des Oberleitnants Feld, der nicht das Glück gehabt hat, aber an anderer Stelle sich Verdienste erworben hat. Wir leben in der Reichswehr die Fortsetzung des alten Heeres, und nur der große politische Wandel hat uns auf die Anklagebank gebracht. Wir sehen in dieser Institution das Paladium der Freiheit des Schwarzweihäuten Gedankens, aber die Reichswehr hat kein Ehrengericht mehr, und es haben höhere Offiziere Taten begangen, die nicht gutzuheißen sind. Nicht gegen die Reichswehr, nicht gegen das Offizierskorps wenden wir uns. In der Liebe zur Reichswehr, in der Liebe zum Vaterlande rechnen wir es mit jedem auf. (Anhaltende Bravorufe im Zuschauerraum, die der Vorsitzende rügt.)

Zusätzlich Schramm gibt hierzu die Erklärung ab, daß er auch seinerseits im Interesse der Reichswehr sich schlüssig gemacht habe, auf alle Zeugen zu verzichten, die beistehend gegen Oberleitnant Braun auszusagen könnten.

Karikaturen . . .

Rechtsanwalt Roder überreicht dann den Bericht einer schwedischen Zeitung, in der, wie er betont, Karikaturen schlimmster Art vom Siffer-Prozeß erhalten seien. Der Anwalt führt hierzu aus, daß es sich um denselben Zeichner handle, der auch für die ungarische Zeitung „Az Est“ tätig sei, und der schon einmal aus dem Saal entfernt worden war, es aber verstanden haben mußte, wahrscheinlich mit einer anderen Karte sich wieder Zutritt zu verschaffen. „Az Est“ sei das bestunterrichtete Blatt Ungarns, das im Kriege an der Front von Flugzeugen aus zu Tausenden verteilt worden sei, und stark zum Zusammenbruch der Front beigetragen habe. Der Zeichner soll angeblich für ein Prager Blatt tätig sein.

Der Vorsitzende ersuchte hierauf den im Saal anwesenden Vertreter der amtlichen Bayerischen Pressestelle, Oberregierungsrat Dr. Giesele, dem betreffenden Zeichner, der heute nicht anwesend war, die Karte zu entziehen.

Rechtsanwalt Roder teilte des weiteren mit, daß der Polizeibeamte Hoffmann an seiner Erklärung festhalte, daß er die eidensamliche Inpflichtnahme bei der Polizei nicht unterschrieben habe, trotz der gegenwärtigen Versicherung des Polizeipräsidenten Martel. Der Vorsitzende macht den Bericht jedoch darauf aufmerksam, daß der Polizeipräsident dem Bericht eine amtlich beglaubigte Abschrift des Verpflichtungsscheines Hoffmanns überreicht habe, der von Hoffmann unterschrieben sei. Es könne also an der eidlichen Inpflichtnahme kein Zweifel bestehen.

Epps Irrtum.

Dann wurde dem Kommandanten der Infanterieschule, General Tieschowitz, nach Gelegenheit gegeben, zu verschiedenen Punkten der Verteidigung bei der Vernehmung des Leutnants Wagner Stellung zu nehmen. General v. Tieschowitz bezeichnete es als unbillig, daß bei der Untersuchung gegen die Waffenkammer einzelne von ihnen in unwürdiger Weise behandelt worden seien, indem man sie habe fünf Stunden lang kreuzförmig lassen. Nach der Meinung der Untersuchung leitenden Offiziere sei diese Behandlung unzutreffend. Wenn ferner bemängelt worden sei, daß gegen die Aufsichtsoffiziere keine Untersuchung einleitet worden wäre, so müsse er darauf hinweisen, daß eine Untersuchung bei der Inspektion in Berlin geführt worden sei und daß eine Reihe von Maßregelungen erfolgt wäre.

Dann wurde noch einmal General v. Epp über das Protokoll der Sitzung vom 6. November vernommen. Als der Vorsitzende den Zeugen auffordert, den Zeugnisausdruck zu leisten, bat der General, den Eid nach seiner Vernehmung leisten zu dürfen. Der Vorsitzende beruhigte ihn dann mit dem Hinweis, daß er ihn nur über die Tatsache des Protokolls hören, aber nicht weiter vernehmen wolle, worauf Epp den Zeugnisausdruck leistete. Bei seiner Vernehmung nahm dann der General auf eine Eingabe Bezug, die er dem Gericht nach seiner ersten Vernehmung schriftlich einreichte. Er führte aus: Wenn ich am zweiten Verhandlungstag auf die an mich gerichtete Frage nicht sofort geantwortet habe, dann geschah das, weil der betreffende Rechtsanwalt so geheimnisvoll mit mir sprach und mich zur Wahrheit ermahnte, obwohl ich gar nicht wußte, worum es sich handelte. Durch die Zeitungen bin ich dann erst aufmerksam gemacht worden, was man von mir wollte. (1) Mir ist ein Protokoll dieser Sitzung nicht zu Gesicht gekommen. Ich weiß nicht, ob es existiert, kann also darüber nichts sagen. Es liegt also bei mir auch keine Bergschlichte vor, sondern ein Irrtum vor, wie das verschiedene norddeutsche Blätter behaupten. Ich habe keinen Anstoß, mich hier zu irren. (2) Es ist denn ferner behauptet worden, ich hätte am 12. November die Vertreter der Studentenschaft zu mir geladen. Das ist unrichtig. Ich habe sie nicht geladen, vielmehr sind, als die unheimlichen Vorgänge an der Universität sich ereigneten, ältere Herren an mich herangetreten, ich wußte doch ein beruhigendes Wort sprechen. Das gleiche wünschten einige Reichswehroffiziere, die durch die Behandlung der Truppen durch die Bevölkerung unangenehm berührt waren. Ich sagte zu, wollte aber nach den Erfahrungen, die der Rektor und andere Angehörige der Universität bereits gemacht hatten, nicht zur Masse der Studentenschaft sprechen. Denn was sich damals mit der Studentenschaft unter die Studentenschaft mischte, das waren meistens alle Freunde von 1918/19, Kommunisten usw. (7) Fragen war ich bereit, eine Anzahl von Vertretern der Studentenschaft zu empfangen.

Neuer Schritt Enolands in der Pfalzfrage.

London, 8. März. (RTB.) Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, es bestehe Grund zu der Annahme, daß Vizekönig Lord Curzon bei Poincaré Erkundigungen einzog bezüglich der fortwährenden Unwissenheit französischer separatistischer Gruppen in der Pfalz, der Anwendung der Amnestie auf beide Parteien, der Rückkehr der normalen Beamten und wegen der Frage der weiteren Verhaftungen, die in Paris in Abrede gestellt werden.

Geschäftliche Mitteilungen.

Wir machen unsere Leser auf das heutige Inserat der Firma Titus Köhler aufmerksam, da diese Firma an beginnender Frühjahrszeit ganz besonders preiswerte Güter und auch andere billige Artikel bringt.

Eine Ohrfeige.

Glücklich, wer in dieser Übergangszeit vom Winter zum Frühling noch festes und widerstandsfähiges Schuhwerk an den Füßen hat. Wer es wagt, mit einer Handbewegung darüber hinwegzugehen und etwa meint, es sei übertrieben, der mag sich mal nur eine halbe Stunde lang in irgendeine Ecke stellen, z. B. an den Eingang eines Bienenmarktes, wo die Hausfrauen zusammenströmen. Dort soll er sich die Bekleidung und die Schuhe der Vorübergehenden ansehen. Das Resultat dieser Beobachtung wird ihm einiges offenbaren.

Eine ältere Frau mit brüchigem und ausgetretenem Schuhwerk an den Füßen konnte sich auf dem glitschigen Bürgersteig nicht halten, sie rutschte aus und fiel hin. Hilfsreiche Hände von Arbeiterfrauen halfen beim Aufstehen. „Ja, ja, was man heute alles durchmachen muß!“ leuchtete die Frau. Ein Herr mit eleganten Schuhen und Pelzwertel und seinem Sportpalestina angezogen, schaute dem traglichen Verfall gleichgültig zu. Als er die Worte der sorgenbeladenen Frau hörte, war er sofort bei der Sache und entgegnete: „Ja, Sie haben Recht, Ruiter, das hätten Sie gewiß nicht gedacht, solches in der heiligen Republik zu erleben. Früher hätten wir bessere Zeiten. Wir brauchen wieder unseren Kaiser, damit er tüchtig aufräumt!“ Erschröden, scheinbar verständnislos schaut die Frau auf. Ihr Gesicht wird bittern Jörn und Empörung färbt aus ihren Augen. Mit geballten Fäusten schrie sie förmlich: „Ja, früher hab ich es auch besser gehabt, da konnte ich mir auch solche Schuhe, wie Sie da anhaben, kaufen. Da sorgten noch ein gesunder Mann und ein großer, kräftiger Junge für mich. Der Kaiser hat mir 1914 beides genommen, meinen Mann und auch meinen Sohn, und nicht wiedergegeben. Heute bin ich eine arme Kriegswitwe, unglücklich und von allen verlassen, ich preiße was auf den Kaiser und die besseren Zeiten, die mir alles genommen haben.“

Der Boreilige, darauf nicht gefaßt, weicht erschrocken einer Schritt zurück. Die Ohrfeige hat gefessen. Im nächsten Moment wendet er sich, wirft sich in die Brust, und mit enttäuschter Gebärde sieht er verächtlich auf die unglückliche Frau herab . . .

Nur fünf Pfennige.

Millionenüberschuß bei der Eisenbahn aus Arbeitergroßem.

Der kleine Beitrag im „Anzugsdiensten Berlin“: „Die Eisenbahn nimmt es von den Arbeitern“ hat uns eine Anzahl Bestimmungen gebracht, aus denen wir die folgende noch zur Kenntnis bringen, weil wir hoffen, daß sie mit der ersten dazu beitragen wird, die Eisenbahn zu veranlassen, eine volkfreundlichere Praxis als bisher einzuführen:

Man könnte noch eine andere Rechnung aufmachen, bei der sich das rücksichtslose Vorgehen der Eisenbahn ganz besonders deutlich erweist. Eine Monatskarte — der Monat durchschnittlich zu 30 Tagen gerechnet — kostet 5 M. Das bedeutet durchschnittlich für den einzelnen Tag einen Aufwand an Jahrgeld von 16 1/2 Pf. Der Mann, der auf Wochenkarte einen Monat lang fährt, bezahlt 4 Wochenkarten je 1,30 M. = 5,20 M. und dazu 2 Tage je 16,6 = 33 Pf. Er zahlt also für einen Monat 5,53 M. und wenn der Monat 31 Tage hat, sogar 5,70 M. Da nun aber der Inhaber der Wochenkarte dafür 1,30 M. zahlen muß, so zahlt er für den einzelnen Tag nicht 16,6, sondern sogar 18,5 Pf. oder für einen Monat von 31 Tagen 4 x 1,30 = 5,20 M. und 3 x 18,5 = 55,5 Pf., zusammen 5,75 1/2 M. Das heißt, die Arbeiter mit proletarischen Einkommen müssen monatlich 15 Proz. mehr bezahlen, quasi zur Strafe dafür, daß sie Wochenkarten entnehmen. Der Arbeiter, der das ganze Jahr fährt, muß der Eisenbahn von seinem kleinen Einkommen 7,60 Rentenmark mehr zahlen als der, der Monatsabonnements nehmen kann. Nimmt man an, daß nur 300 000 von den 4 Millionen Groß-Berliner Einwohnern Wochenkarten nehmen müßten, so würden sie damit der Eisenbahn zu einer jährlichen Mehreinnahme von 2 Millionen 280 000 Rentenmark lediglich aus den Taschen der Arbeiter verhelfen. Daß dieser unerhörte Stand einer schleunigen Abänderung bedarf, ist doch wohl ohne weiteres klar.

Ermäßigung der Ausländer-Studiengebühren.

Dem Vernehmen nach besteht begründete Aussicht, daß die bisher erhobenen zum Teil sehr hohen Ausländergebühren für die an deutschen Hochschulen studierenden Ausländer für das kommende Sommersemester erheblich herabgesetzt werden. Berechnung wird der Ausländerzuschlag allgemein auf 30 Goldmark ermäßigt werden. Sollte es die Finanzlage gestatten, kann vielleicht für spätere Semester dazu übergegangen werden, ganz auf den Zuschlag zu verzichten.

Entführung einer Zwanzigjährigen.

Aus Wien wurde am 16. Februar eine 18 Jahre alte Marie Weitel von einem angeblichen Monsieur Alfred Berst entführt, der in Wirklichkeit ein 23 Jahre alter aus Emmerich am Rhein gebürtiger Monsieur Ferdinand Schiffer sein soll. Der Entführer besitzt einen deutschen Paß mit holländischem Visum, ausgestellt am 8. September 1923 in Graz. Berst-Schiffer ist unterwegs, hat dunkles Haar und dunkle Augen und ein glattrasiertes Gesicht und trug zuletzt einen kurzen grauen Rock mit Pelzbesatz, graue Anzughosen und einen grünen Hut. Das entführte Mädchen ist groß und stark, hat braunes Haar, graue Augen, gesunde Gesichtsfarbe und trug einen roten Tuchmantel mit dunkelgrünen Ärmeln und Ärmeln und hohe Schuhe mit Lackspitzen. Mitteilungen über das Aufsuchen des Paars, das in Berlin vermutet wird, an die Dienststelle A 1 der Kriminalpolizei.

Wozu wird der Wohnraum gebraucht?

Wohnungssuchende können, wenn sie irgendwo ein leerstehendes Lokal aufgespürt haben und es dem zuständigen Wohnungsamt melden, manchmal die seltsamsten Heberausreden erleben. Im Verwaltungsbezirk Charlottenburg haben die „Verbände heimattreuer Oberbefehlshaber“ seit mehreren Jahren in dem Hause Ansbacher Straße 35 einen zweifelhafte Bohnraum, der ihnen vor den damaligen Abkündigungen als Bureau überlassen wurde, aber nun schon seit langem nicht mehr benutzt wird. Ein Wohnungssuchender, der bisher keine geeignete Wohnung zu erschwinglichem Preis aufreiben konnte und deshalb nicht einmal mit seiner Ehefrau zusammenwohnt, machte im Juni 1923 und dann nochmals im Dezember 1923 das Wohnungsamt Charlottenburg auf diesen unbenutzten Raum aufmerksam. Auf Anfrage erfuhr er im Oktober 1923, das Zimmer sei inzwischen beschlagnahmt worden, und nach weiteren drei Monaten erhielt er den Bescheid, der Wohnungsinhaber habe sich mit einer Beschwerde gegen die Beschlagnahme an das Mietverwaltungsamt gewendet. Vor kurzem ist dem Wohnungssuchenden vom Wohnungsamt der abschließende Bescheid zugegangen, daß das Mietverwaltungsamt der Beschwerde der Verbände heimattreuer Oberbefehlshaber gegen die Beschlagnahmeverfügung des Wohnungsamtes stattgegeben hat und daher eine Zusage des letzten Zimmers Ansbacher Straße 35 (so steht es in dem Schreiben) für ihn, den Wohnungssuchenden, nicht mehr in Frage kommt. Wozu die Verbände heimattreuer Oberbefehlshaber heute noch das Zimmer brauchen, ist uns ebenso unklar wie dem Wohnungssuchenden. Der Raum ist angefüllt mit Bureauarbeiten und allerlei Kram, und die in ihm herrschende Unordnung zeigt deutlich, daß er schon seit langem nicht mehr benutzt worden sein kann.

Die Frauen fordern!

Eine Frauen-Mitgliederversammlung, die von nahezu 400 Frauen besucht war, fand gestern Abend in den Sophienhallen statt. Zu der Tagesordnung: „Haben die Frauen eine Bedeutung für das öffentliche Leben?“ führte die Genossin Marie Tuscharz, M. d. R., u. a. etwa folgendes aus:

Die Räume, in denen wir uns befinden, haben eine historische Bedeutung für die Berliner Frauenbewegung. 4 Tage vor der Revolution, als die Frauen sich mit politisch links gerichteten Männern über das Frauenstimmrecht unterhielten, sagte unser Genosse Hermann Müller: „Es werden in diesem Saale gar keine oder nur sehr wenige Frauen anwesend sein, die das Frauenstimmrecht nicht erleben.“ Jetzt haben wir das Frauenwahlrecht. Wir haben einen langen Leidensweg durchzumachen gehabt, weil wir so viele soziale und volkswirtschaftliche Schäden mit hinübergenommen haben in die Friedenszeit. Aber vor Beendigung des Krieges sagten wir Frauen, erst einmal Ende dieses Winterkriegs, mag nachher kommen, was da will, das haben wir später wieder verdrängt. Es ist aber das größte Unglück des politischen Lebens, daß Männer und Frauen gar zu leicht vergessen. Wie schnell vergessen die Menschen die Geschichte, wie schnell vergessen sie, was sie selbst erlebt haben. Wie sozialdemokratischen Frauen jedoch dürfen selbst nicht vergessen und müssen auch noch dazu beitragen, daß die anderen nicht vergessen. Nicht weil wir Frauen das Wahlrecht haben, sondern aus den Geschichtlichen, aus den Verhältnissen heraus, war unser Leidensweg so schwer. Die sozialdemokratischen Frauen bekamen das Wahlrecht zu einer schweren Zeit, wie sie noch keine Arbeiterpartei der Welt getragen hat. Aus Trümmern mußten wir einen neuen Staat bauen. Viele Männer fühlen sich noch heute selbst berufen und sehen die Frauen als Konkurrenz an. Es gibt auch den Genossen gegenüber sich durchzusetzen, und wir Frauen müssen einfach und selbstverständlich zeigen, was wir können. Bis zum Kriegsausbruch fanden wir als Partei in der Opposition und trieben keine Agitation, die nachherige Zeit brachte uns durch unsere Mitarbeit neue Pflichten als Partei und Kulturträger. Wenn man fragt: Haben die Frauen im politischen Leben besondere Aufgaben? so muß man antworten: „Ja“ und „Nein“. Es gilt, an den Fragen der Menschheit zu arbeiten, darunter sind spezielle Frauenfragen. Unter Frauenfragen muß hineingetragen werden in die Arbeit. Das Denken der im Berufsleben stehenden Frau hat eine andere, eine selbständigere Prägung bekommen. Im Kriege wurden die Frauen selbstbewußter als Menschen, sie mußten selbst handeln und ohne Vormundschaft auftreten. Als die Männer aus dem Felde zurückkehrten, waren sie selbst auch reich an Erfahrungen, aber sie waren meistens nicht eingestellt auf die Selbständigkeit der Frau. Die arbeitenden Frauen werden sehr oft als Schachfiguren betrachtet. Es heißt hinein in den Beruf, heraus aus dem Beruf. Die Frauen gehen eben nur als die große Reservearmee, und die Frau wird von der Allgemeinheit gepöbert aus sozialen Gründen. In der Frage der Mutterpflicht und anderen sozialen Problemen müssen die Frauen in den Parlamenten führend und wegweisend sein. Es gilt für die Frauen eine ungeheure Arbeit zu leisten. Wir dürfen uns nicht zurückdrängen lassen als Frau. Viele Männer haben sich mit der Frau im öffentlichen Leben innerlich noch nicht abgefunden. Dieser Tatsache dürfen die Frauen nicht gleichgültig gegenüberstehen. So muß auch das Resultat des Bezirkstages vom letzten Sonntag zu Gunsten der Frauen residiert werden. Das sind unsere Forderungen an die Partei und wir vertreten unsere eigenen Frauenforderungen innerhalb der Partei. — Dem Referat schloß sich eine sehr lebhaft, gründliche Aussprache an. Mit allen gegen 10 Stimmen wurde folgende Resolution angenommen:

Die Frauennitgliederversammlung vom 7. März d. J. erhebt einmütig erschiedenen Protest gegen die Behandlung der weiblichen Kandidaten auf den Reichstagswahlen für Berlin und Teilm-Beesfom durch den letzten Bezirksparteitag. Sie verlangt von dem morgigen Bezirkstag, daß er den bisherigen weiblichen Kandidaten den der Bedeutung der Frauen für die Gesetzgebung und Wahlagitation entsprechenden Platz gibt. Sie spricht darüber hinaus die Erwartung aus, daß die Berliner Organisation der Bedeutung der Frau für das gesamte öffentliche Leben auch innerhalb der Organisation mehr Rechnung tragen wird, insbesondere auch bei Delegationen zu Tagungen der Partei. Die Versammlung bekennt sich mit vollem Bewußtsein zu den Aufgaben, die jeder Frau aus den öffentlichen Rechten erwachsen. Sie erblickt die Erfüllung dieser Aufgaben in erster Linie in voll verantwortlicher Mitarbeit der Frauen innerhalb der Partei.

Die notarielle Kostenrechnung, in unserer Notiz mit dieser Heberschrift („Vorwärts“ Nr. 115 vom 8. März) wurde aus einem Artikel des „Berliner Tageblatt“, den der demokratische Stadtparator Dr. Paul Michaelis verfaßt hat, ein Zitat wiedergegeben. Leider hat ein Druckfehler, der das Wort „unglücklicherweise“ durch sein Gegenteil „erfreulicherweise“ ersetzt, den Sinn des Zitates völlig umstülpt. Das Zitat heißt richtig so: „Unglücklicherweise fand die Generalversammlung am 29. Dezember statt, ununterschiedbar vor dem Termin, an dem die Notariatsgebühren eine wesentliche Ermäßigung erfahren.“

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Janngaststätten. Sonntag, den 9. abends 7 1/2 Uhr, in der Sozialen Arbeitervereinshalle, im Ostbahnhof 17: Billiardturnier. Die morgige Fahrt 1924 aus. Sie findet heute am nächsten Sonntag statt. Näheres wird bekanntgegeben. 477. 481. Siedberg. Die heute anberufene Funktionärkonferenz findet nicht statt.

Sport.

Der Stand des 12. Sechstagerrennens.

Krupkat-Huschte behalten weiter die Führung.

Nach der Prämienrunde (11 bis 12 Uhr abends) nimmt das Rennen einen einseitigen Charakter an. Um 12 Uhr nachts (26. Stunde) sind 893,800 Kilometer zurückgelegt. Bei Beginn der vierten Wertung (2 Uhr nachts) ist der Innenraum nicht besetzt. Lewanow führt den ersten Spurt. Sawall will angreifen, wird aber von Lewanow nach außen gedrückt und kann so nichts erreichen. Durch Sawalls Protest wird Lewanow disqualifiziert. Lechner behält dadurch den ersten Platz vor van der Meer, Diveri und Sawall. Lechner behält den Sieg im zweiten Spurt heim vor Lorenz, Krupkat und Käl. Der dritte Spurt zeigt bei Beendigung folgende Reihenfolge: Huschte, Schrage, Storm und Lechner. Im vierten Spurt geht Sawall vor Lorenz, Krupkat und Hahn durchs Ziel. Den fünften Spurt führt Bauer. Lechner folgt. Rigoito wagt einen Vorstoß und kann beide überholen. Bauer folgt hinterher. Der Holländer van der Meer tut das gleiche. Da alle drei zu gleicher Zeit durchs Ziel gehen, muß die richterliche Entscheidung eingreifen. Bauer ist der Sieger vor Rigoito, van der Meer und Lechner. Den sechsten Spurt führt sich Stabe vor Krupkat, Lorenz und Käl.

Der Stand des Rennens ist jetzt der folgende: 1. Krupkat-Huschte 49 P., 2. Lorenz-Lechner 43 P., von Ref-Moestops 33 P. und Sadow-Bauer 32 P., Pawle-Paffenheim und Kudel-Rendelbacher sind noch ohne jeden Punktgewinn. Um 6 Uhr früh sind 1110 580 Kilometer zurückgelegt.

Die Vormittagsrunde verläuft wieder ruhig. Von 6 bis 7 Uhr werden 25 225 Kilometer zurückgelegt. Von 7 bis 8 Uhr beträgt die Kilometerzahl 22 220, von 8 bis 9 Uhr 24 110 und von 9 bis 10 Uhr 24 200. Die gesamte Strecke beträgt jetzt bis 10 Uhr früh 1 206 310 Kilometer.

